

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 27. Feber 1913.

Vorsitzende die Vizebürgermeister Bierhammer und HoB.

Das von StR. Oppenberger vorgelegte Projekt für den Kanalumbau in der Schiffamtsgasse von der Oberen Donaustraße bis zur Leopoldgasse und in der Leopoldgasse von der Schiffamtsgasse bis zur Malzgasse im 2. Bezirk wird mit den Kosten von 49.900 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Knoll wird die Besuchszeit für die Friedhöfe im 21. Bezirk in den Monaten April bis inkl. Oktober und am 1. und 2. November von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends und in den übrigen Monaten von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends festgesetzt.

Dem Verkauf der Mittelbaustelle Kat. Parz. 112 im 21. Bezirk Floridsdorf, an der ~~Wald~~ Scheffelgasse im Ausmaße von 305.99 m² um den Einheitspreis von 36 K per m² wird zugestimmt.

Das Projekt für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Wagramerstraße im 21. Bezirk zwischen der Steigenteshogasse und der Donaufelderstraße wird mit den Kosten von 10.500 K genehmigt.

VB. HoB beantragt die Vermehrung der Zahl der systemisierten Schlachthausdiener um 4 Stellen, d. i. von 55 auf 59. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Hörmann werden für Ferialeherstellungen im Schulgebäude 3. Bezirk Erbergstraße 76 die Kosten von 4540 K bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Haas wird ein Grundkomplex in San Pelagio-Rovigno in der Nähe des städt. Seehospitals im Ausmaße von 5000 m² um 30.000 K angekauft.

StR. Knoll beantragt die Bewilligung von 6700 K für Adaptierungen in der Dampfbad-Abteilung im städt. Dampf-, Wannen- und Brausebad 21. Bezirk Kretzgasse 5; Es handelt sich hauptsächlich um die Vermehrung der Kabinen. (Ang.)

Widmung von Ehrengräbern für Wohltäter. Seit langer Zeit widmen verschiedene Wohltäter letztwillig große Beträge oder Realitäten und dergleichen Wertobjekte der Gemeinde Wien für wohltätige Zwecke oder überhaupt für wohltätige Zwecke der Allgemeinheit. Es entspricht nun dem natürlichen Gefühle der Dankbarkeit, wenn die Gemeinde Wien bestrebt ist, derartige Wohltäter, die oft erst nach ihrem Tode bekannt werden, in einer entsprechenden Weise zu ehren, welche geeignet ist, das Gedächtnis an ihre Person und Wohltaten für immerwährende Zeiten festzuhalten. Gewiß ist auch, daß eine

75
solche Ehrung viel dazu beitragen wird, Andere zu wohltätigen Aktionen anzueifern. Schon Anlässlich des großen Vermögens des Robert Glaser, der ein Vermögen von ca. 1 1/2 Millionen Kronen der Stadt Wien für wohltätige Zwecke gewidmet hat, stellte StR. Rain den Dringlichkeitsantrag, daß wegen Reservierung einer Gruppe von Ehrengräbern für solche Personen, die zu Gunsten der Gemeinde Wien für wohltätige Zwecke oder im Interesse der Allgemeinheit letztwillige Verfügungen getroffen haben, Bericht zu erstatten sei. Ueber diese Frage berichtete heute StR. Schner im Stadtrat, der für die Ehrung dieser Wohltäter sehr warm und in ausführlicher Begründung eintrat. Ueber seinen Antrag beschloß der Stadtrat, eine Gruppe von Ehrengräbern für solche Personen, die zu Gunsten der Gemeinde Wien für wohltätige Zwecke oder im Interesse der Allgemeinheit letztwillige Verfügungen getroffen haben, auf dem Zentralfriedhof zu reservieren und hierfür die Gruppe 44a in Aussicht zu nehmen.

Oesterr. Bühnenverein. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Schner für den Hausbau des Oesterreichischen Bühnenvereines zwei Bausteine im Betrage von 1000 K bewilligt.

Besetzung von Religionslehrerstellen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Tomola zu katholischen Religionslehrern ernannt: Karl Truchlasch an der Mädchen-Bürgerschule 15. Bezirk Zinckgasse 12/14, Adolf Stämpfler an der M.B. 18. Bezirk Anastatus Grüngasse 10 und Heinrich Noltsch an der M.B. 20. Bezirk Jägerstraße 54.

Die Erholungsurlaube der städt. Diener. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete VB. HoB über die Regelung der Erholungsurlaube der definitiven städtischen Diener und mit ihnen gleichgestellten städtischen Bediensteten und beantragt, den Aspiranten, Praktikanten und dergleichen Angestellten nach vollstreckter einjähriger Dienstleistung jährlich einen Erholungsurlaub von 14 Tagen, den Diurnisten und Kanzlisten sowie den definitiv angestellten Dienern und den diesen gleichgestellten Bediensteten nach Maßgabe der Dienstzeit und Zulässigkeit des Dienstes jährlich einen Erholungsurlaub in folgendem Ausmaße zu erteilen: für eine Dienstzeit von 1 Jahr bis 5 Jahre 8 Urlaubstage, über 5 Jahre bis 15 Jahre 14 Urlaubstage, über 15 Jahre bis 25 Jahre 17 Urlaubstage und über 25 Jahre 21 Urlaubstage. - Der Referentenantrag wurde genehmigt.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ
Montag, 27. Februar abends.

Arbeitslosenfürsorge. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nachstehenden Erlaß an die Magistratsdirektion gerichtet: Immer mehr drängt die sozialpolitische Aufgabe einer Lösung zu, die arbeitende Bevölkerung vor den Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu schützen und durch diesen Schutz die Sicherheit in der Lebensführung des Einzelnen und ganzer Familien zu gewährleisten. Ein solcher Schutz, welcher für den Fall der Krankheit, eines im Betriebe erlittenen Unfalles und der Invalidität durch Staatsgesetze bereits festgelegt wurde, mangelt heute noch unserer arbeitsfähigen und arbeitswilligen Bevölkerung. Wenn auch aus verschiedenen Gründen die k.k. Regierung eine Gesetzesvorlage über die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung bisher nicht vorgelegt hat, bin ich doch der Meinung, daß sich die Gemeinde Wien hiedurch nicht abhalten lassen soll, diesem hochwichtigen sozialen Problem im Rahmen ihres Wirkungskreises näher zu treten.

Ich beauftrage daher den Magistrat, über die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung für die Stadt Wien Studien zu pflegen und diesbezügliche Anträge mir vorzulegen. Bei diesen Anträgen ist insbesondere die winterliche Arbeitslosigkeit als der dringlichste Fall zu berücksichtigen; die Ausdehnung der Versicherung auf die Arbeitslosigkeit während der übrigen Jahreszeiten kann einem späteren Ausbau der Versicherungsstelle überlassen werden. Da einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung derzeit die gesetzliche Grundlage fehlt, kann sie nur als freiwillige eingeführt werden.

Die Geldmittel der Kasse werden aufzubringen sein durch die Beiträge der Versicherten, durch einen entsprechenden Beitrag der Gemeinde Wien, eventuell durch andere Zuwendungen; den Zuwendungen der Gemeinde Wien entspricht auch die Einschränkung eines bestimmenden Einflusses der Stadt auf die Führung der Kasse.

Auch wäre zu erwägen, ob den Mitgliedern jener Vereinigungen, welche sich mit der Arbeitslosenfürsorge befassen, unter gewissen von der Vereinigung zu erfüllenden Bedingungen etwa besondere Begünstigungen bezüglich der Beitragsleistung gewährt werden; solche Vereinigungen könnten auch zur Kontrolle der Arbeitslosigkeit herangezogen werden.

Schließlich halte ich einen engen Anschluß der geplanten Institution an die bestehende städtische Arbeitsvermittlung für unerlässlich.

Der Bürgerklub des Wiener Gemeinderates hielt heute abends unter dem Vorsitz seines Obmannes Oberkurator Steiner eine Sitzung ab, in welcher zunächst Bürgermeister Dr. Weiskirchner das große Approvisionierungsreferat erstattete. Nach längerer Debatte, an welcher sich die GR. Regierungsrat Schmid, Poyer, Müller, Vangoïn, Dr. Stich, Dr. Klotzberg und Angermayer beteiligten, wurden die vorliegenden Anträge einstimmig angenommen. GR. Schmid regte die Aufnahme einer Bestimmung an, nach welcher die Viehverwertungs A.G. aufzufordern wäre, in der Umgebung von Wien eine Großmästereianlage zu errichten, woselbst das Alpenvieh der Mästung zuzuführen wäre. Bgm. Dr. Weiskirchner akzeptierte diesen Zusatz. Dem Bürgermeister wurde für die Energie in dieser Angelegenheit und für die glückliche Lösung dieser Frage im Interesse der Approvisionierung der Stadt der Dank des Bürgerklubs ausgesprochen. Dr. Weiskirchner erstattete sodann sein 2. Referat über die Schaffung eines gemeinderätlichen Ausschusses für Wohnungsfürsorge. Es wurde beschlossen, 4 Mandate des Ausschusses, in welchen der Gemeinderat 12 Mitglieder zu entsenden hat, der Opposition zu überlassen. Weiters wurde nach einem Antrage des Bürgermeisters beschlossen, das durch das Ablehnen des GR. Luksch frei gewordene Mandat eines Mitgliedes der Ueberschwemmungskommission der Opposition anzubieten. VB. HoB erstattete sodann den Bericht über die Regulierung der Bezüge der Straßenpflegepersonales. An der Debatte beteiligten sich die GR. Dr. Mataja, Paulitschke, Eigner und Solterer, wovon letzterer namentlich darauf hinwies, daß die Wünsche der in Rede stehender Arbeiterkategorie restlos erfüllt seien und daß der Gemeinderat durch die Annahme der Anträge den Dank der Straßenarbeiter erwerben werden. Eine Anfrage des GR. Angeli hinsichtlich der Regulierung der Bezüge der in den städtischen Betrieben Angestellten beantwortete VB. HoB dahin, daß die Arbeiten hierüber im Zuge sind. In die am allgemeine Lehrerinnen-Versammlung wurden als Delegierte des Bürgerklubs die GR. Benda, Gusmanbauer und Philp nominiert. Nach Erledigung interner Klubangelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Die Stellungnahme der Fleischhauer zu den Approvisionierungsvorlagen der Gemeinde. Durch die Approvisionierungsvorlage, welche den Gemeinderat in seiner morgigen Sitzung beschäftigen wird, sind nicht nur die Konsumenten außerordentlich interessiert, es werden auch die Fleischhauer in manchen Punkten berührt. Namens der Genossenschaft sprach heute Vorsteherstellvertreter Heinrich Schedl beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor um die verschiedenen Wünsche der Fleischhauer in dieser Angelegenheit zu präzisieren. Schedl dankte zunächst dem Bürgermeister für die endliche Lösung der Hochwichtigen Frage der Schaffung einer Kontumazanlage und sprach den Wunsch aus, daß diese Anlage auch räumlich den Anforderungen entsprechen möge. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sagte zu, daß er vor Verfassung der Projekte die Genossenschaft der kommissionellen Besichtigung zuziehen werde. Bezüglich der Vieh- und Fleischmarktkasse brachte Vorsteherstellvertreter Schedl die Wünsche der Fleischhauer hinsichtlich des Geschäftsverkehrs zwischen der Kasse und den Fleischhauern zur Sprache namentlich bezüglich der Herabsetzung des Zinsfußes und der Verlängerung des ~~Zinsfußes~~ Zinsfußes für die zinsfreie Kreditgewährung. Dr. Weiskirchner versprach, diese Wünsche dem Gemeinderate bekannt zu geben. Schließlich präziserte der Vertreter der Genossenschaft die Stellungnahme der letzteren zu der Viehverwertungs A.G. und setzte dem Bürgermeister die Wirkungen auseinander, welche den Konsumenten und dem Gewerbe durch die Statuten und die Tätigkeit der Gesellschaft erwachsen. Schedl brachte endlich noch einige andere Approvisionierungsfragen zur Diskussion und der Bürgermeister versprach, die Wünsche der Fleischhauer nach Möglichkeit zu berücksichtigen.